



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# Universitätsbibliothek Paderborn

## Gedanken und Erinnerungen

**Bismarck, Otto von**

**Stuttgart, 1905**

Opposition der Konservativen gegen das Schulaufsichtsgesetz.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-47477](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-47477)

fühl, daß man als Graf wohlhabend sein kann, ohne unangenehm aufzufallen, als Fürst aber, wenn man letzteres vermeiden will, reich sein muß, hat mich seitdem nie wieder verlassen. Ich würde die Mißgunst meiner frühern Freunde und Standesgenossen noch bequemer ertragen haben, wenn sie in meiner Gesinnung begründet gewesen wäre. Sie fand ihren Ausdruck und ihre Vorwände in der verurtheilenden Kritik, welcher meine Politik von Seiten der preussischen Conservativen unter der Führung des mir verwandten Herrn von Kleist-Nezow bei Gelegenheit des Schulaufsichtsgesetzes 1872 und bei einigen andern Anlässen unterzogen wurde.

Die Opposition der Conservativen gegen das noch von Mühlner vorgelegte Schulaufsichtsgesetz begann schon im Abgeordnetenhaus und ging darauf aus, die Localinspection über die Volksschule gesetzlich dem Ortsgeistlichen zu vindiciren, auch in Polen, während die Vorlage den Behörden freie Hand in der Wahl des Schulinspectors ließ. In der erregten Debatte, an die manche alte Mitglieder des Landtags sich 1892 erinnern haben werden, sagte ich am 13. Februar 1872:

„Der Vorredner (Vasker) hat gesagt, es sei ihm und den Seinigen undenkbar gewesen, daß in einer prinzipiellen und von uns für die Sicherheit des Staats für wichtig erklärten Frage, in einer Frage von der Bedeutung die bisherige conservative Partei der Regierung offen den Krieg erklärte. Ich will mir diesen letztern Ausdruck nicht eignen, aber ich darf das wohl bestätigen, daß es auch mir undenkbar gewesen ist, daß diese Partei die Regierung in einer Frage im Stiche lassen werde, in welcher die Regierung ihrerseits entschlossen ist, jedes constitutionelle Mittel zur Anwendung zu bringen, um sie durchzuführen“<sup>1)</sup>.

Nachdem das Gesetz in der von der Regierung genehmigten Fassung mit 207 Stimmen gegen 155 Stim-

<sup>1)</sup> Politische Reden V 283.